Privilegirte

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr., mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben, Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendaselbst.
Insertionspreis für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung



No. 64. Abend-Ausgabe. Dienstag, den 8. Februar 1859.

Stettin, 7. Februar. Der Stand der diplomatischen Unterhandlungen in Betreff Ausgleichung des drohenden Konflikts zwischen Frankreich und Sardinien einerseits und Oesterreich andererseits ist nach heutigen Berichten folgender: das Oesterreichische Kabinet hat dem englischen die Versicherung gegeben, daß es sich gegenüber Sardinien in der strengsten Defensive halten, und nicht die Offensive ergreifen wolle, sollten die Provokationen von Turin aus auch noch mehr gehäuft werden. Auf Grund dieser Versicherungen erließ England ernste Warnungen an Frankreich und erhielt eine Mittheilung des Pariser Kabinets, in welcher dasselbe erklärt, daß Frankreich auch seinerseits nicht angreifend vorzugehen gedenke, so lange Sardinien unangegriffen bleibe. Die Gefahr eines Ausbruchs des Krieges liegt mithin lediglich noch in der ungewissen Haltung Sardiniens, und darum drehen sich denn auch in diesem Augenblicke die zwischen den Kabinetten der Großmächte gewechselten Depeschen. Wird, so sagt man sich nämlich, der Krieg ausbrechen, wenn Sardinien Oesterreich angreift und letztere Macht offensiv vorgeht, wenn sie nicht umhin könnte, wenn die sardinischen Truppen eine erste Niederlage erlitten hätten? Das ist die Frage des Augenblicks. Vor der Hand setzt Sardinien noch seine Rolle fort, diplomatisch Oesterreich zu provoziren, bisher indeß ohne Erfolg. Auf eine Note des Grafen Cavour vom 25. November 1858 (in welcher auf Grund des sardinisch-österreichischen Zoll-Vertrages von 1841 die dem Herzogthum Modena seit der Aufhebung seiner Zolleinigung mit Oesterreich gewährten Zoll-Begünstigungen auch für Sardinien in Anspruch genommen werden), hat einer Turiner Korrespondenz zufolge, Graf Buol zwar in seiner Erwiderung die sardinischen Ansprüche als ungerechtfertigt zurückgewiesen, zugleich aber angezeigt, daß der in Rede stehende Vertrag mit Modena vom Jahre 1857 demnächst aufgehoben werden und folglich jede Veranlassung zu einer Beschwerde von Seiten Sardiniens wegfallen werde. — Man sieht also, die Situation ist noch keineswegs friedlich, obwohl der Kaiser der Franzosen in seiner Thronrede hofft, daß der Friede erhalten bleiben werde.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, Allerhöchstihrem Flügel-Adjutanten, Major von Tresckow den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit Schwertern am Ringe zu verleihen.

— Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: dem Geheimen Rechnungs-Revisor Ernst Friedrich Runge, so wie dem Regierungs-Hauptkassen-Kassirer Ehrenthal in Köslin den Charakter als Rechnungs-Rath, und dem Ober-Amtmann und Domainenpächter Schallehn zu Selchow im Regierungsbezirk Stettin den Charakter als Amtsrath zu verleihen.

Berlin, 7. Februar. (Abgeordnetenhaus). In der heutigen (10.) Plenarsitzung des Hauses der Abgeordneten waren außer dem Fürsten Hohenzollern, sämmtliche Minister zugegen. Der Abgeordnete Schmidt (Koblenz) ist gestorben. Die Abgeordneten v. Usedom und Hartmann haben ihr Mandat niedergelegt, ersterer wegen Ernennung zum Bundestags-Gesandten, letzterer wegen Beförderung zum Ober-Staats-Anwalt beim Ober-Tribunal. — Der Handelsminister legte verschiedene Gesetz-Entwürfe vor; sie betreffen: den Bau einer Eisenbahn von Bromberg nach Thorn und Lowicz bis zur Landesgrenze (Kostenanschlag 3,300,000 Thlr.); 2) die Legung eines zweiten Gleises auf der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn (Anschlag 3,081,000 Thlr.); 3) die Mehrkosten für die Kreuz-Küstriner Bahn (1,162,000 Thlr.); 4) die Mehrkosten für die Bahn von Saarbrücken nach Trier (2,400,000 Thlr.), und 5) die mit den Rheinuferstaaten über den Bau der Rheinbrücke bei Köln abgeschlossene Uebereinkunft, in Folge deren für die Eigenthümer von Fahrzeugen, an denen neue Konstruktionen zur Niederlegung der Masten und Schornsteine zu machen sind, Entschädigungen zum Belaufe von 370,000 Thlrn. erforderlich werden. — Diese Vorlagen gehen an die vereinigten Kommissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen. — Die Plenar-Sitzungen des Hauses sollen künftig Montag, Mittwoch und Sonnabend, wo möglich um 11 Uhr, stattfinden.

Zur Tagesordnung übergehend, fährt das Haus in der Berathung des ersten Berichts der Petitions-Kommission fort.

Ueber die Petition des rechtskräftig geschiedenen Schneiders Wendschlag, dem die Wiederverheirathung, obgleich sie ihm nach den Landesgesetzen zusteht, vom Konsistorium verweigert worden, weil sein Verschulden, welches die Ehescheidung herbeigeführt, derselben im Wege stehe, beantragt die Kommission Tagesordnung, soweit sie verlangt, durch Vermittelung bei den geistlichen Behörden die Einsegnung seiner neu einzugehenden Ehe zu bewirken; sie schlägt aber vor, die Petition der Staatsregierung in der Erwartung zu überweisen, daß sie die Frage wegen Wiederverheirathung geschiedener Eheleute zum gesetzlichen Austrage bringe. Abg. v. Blankenburg will den ersten Theil der Petition: Uebergang zur Tagesordnung annehmen, den zweiten Theil aber ablehnen. Sollte der Referent nicht in eine Theilung des Antrages willigen, so werde er beantragen, über den ganzen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Die Kommission habe darin vollkommen Recht, daß der Petent Unmögliches verlange; denn die Kirche ordne ihre Angelegenheiten selbst. Bei ihrem zweiten Antrage stehe die Kommission nicht in Kongruenz mit dem ersten Antrage. Zum Wesen einer gültigen Ehe gehöre gar nicht die Einsegnung der Kirche; es stehe jedem der Austritt aus der Kirche und die Schließung der dissidentischen Ehe frei. Sodann solle man in einer so wichtigen Sache, das Haus und die Regierung nicht kaptiviren. Man könnte freilich auch in dem Antrag finden, daß ein bürgerliches Ehescheidungsgesetz die Differenz zwischen der kirchlichen und bürgerlichen Ehegesetzgebung zum Austrage zu bringen habe. Nach einem solchen Gesetze zu drängen, sei jedenfalls keine Veranlassung.

Abg. v. Rosenberg-Lipinski: In der ersten Sitzung des hohen Hauses habe ich erklärt, daß ich zur rechten Seite dieses Hauses gehöre, demnach keine Opposition gegen die jetzt bestehende Staatsregierung machen werde. Befinde ich mich heute vielleicht theilweise mit ihr im Widerspruch, so ist das exceptionell. In der letzten Sitzung habe ich den Antrag gestellt, eine ähnliche Petition der Staatsregierung zur dringendsten Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit großer Majorität angenommen. Trotzdem ist Nichts in dieser Angelegenheit geschehen. Kein Gesetz versagt den, aus anderen als den schriftmäßigen Gründen Geschiedenen die Wiederverheirathung. Weshalb versucht man bei dem vorhandenen Konflikte nicht, einen gesetzlichen Zustand herzustellen, den faktischen Zustand legal zu machen? Der erste konservative Grundsatz ist Stärkung der Autorität. Dazu gehört aber vor Allem Wahrheit in den Zuständen. Diese Nichtübereinstimmung der Gesetze mit ihrer faktischen Anwendung, darin bestand bisher der Leichenzug der konservativen Partei. Diesem Leichenzuge habe ich mich aus allen Kräften widersetzt. Das war meine Opposition, das wird sie sein mein Lebelang. — Bei der Allgemeinheit des Uebels, welches uns jetzt beschäftigt, ist eine gesetzliche Regelung nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig. Da bisher Nichts geschehn, vielmehr das offizielle Organ der Staatsregierung erklärt, es werde Alles beim Alten bleiben, so habe ich, um der Sache einen Anstoß zu geben, in der Kommission den vorliegenden Antrag gestellt. (Bravo Rechts.)

Abg. Wentzel: Ich stimme für den Kommissions-Antrag. Zugleich aber will ich durch einige Worte konstatiren, was meines Erachtens die Kommission unter dem Antrage versteht. Daß der jetzige Zustand ein ungesetzlicher und unerträglicher ist, darin stimme ich mit dem Vorredner vollkommen überein. Was soll es heißen, daß Parteien gesetzlich geschieden, das Urtheil im Namen des Königs gesprochen und ausgefertigt wird, und daß sie dann von anderer Seite damit zurückgewiesen werden, weil nach den Grundsätzen, welche die Kirche befolgt, dieses Urtheil nicht respektirt wird! Dieser Zustand entstand, weil ein wesentlicher Punkt der Verfassung noch nicht erledigt ist. Die Verfassung proklamirt Freiheit der Kirche. Von diesem Augenblicke an ist es nur Zufall, wenn die Satzungen der Kirche und des Staates zusammenfallen. Wenn auch die evangelische Kirche ihre Organisation noch nicht gefunden, so hat doch der Staat kein Recht mehr, einen Zwang auf sie auszuüben. Dadurch ist aber der Staat verpflichtet, ein Institut, welches eine kirchliche Färbung im Lauf der Zeit erhalten, aber keinen kirchlichen, sondern einen rein menschlichen, rein bürgerlichen Zweck hat, den Staatsangehörigen zu sichern und frei zu erhalten. Es ist also nothwendig geworden, daß der Staat diesem Institute eine bürgerliche Einrichtung giebt. Dadurch daß der Staat Jemanden nöthig, Dissident zu werden, ist die Verfassung nicht gewahrt. Der Staat hat nicht das Recht, Jemanden aus der Kirche zu treiben (Bravo rechts). Eine Ehe kann auch der schließen, dem die Kirche die Trauung verweigert, wenn er Jude oder Heide wird; das ist aber nicht verfassungsgemäß. Der Artikel über die Civilehe ist vielmehr nothwendig für die Freiheit der Kirche. Ich verstehe daher den Antrag der Kommission dahin, daß die Regierung die Sache so erledigt, daß auch die Frage der Wiederverheirathung Geschiedener dadurch ihre Lösung findet. Dagegen bin ich aber entschieden, daß die Lösung des staatlich kirchlichen Konfliktes blos in der gesetzlichen Regelung der Wiederverheirathung Geschiedener gefunden werde. Einem solchen Gesetze würde ich meine Zustimmung nicht geben; es würde immer neuen Widerspruch hervorbringen. Denn ein Theil will gar keine gesetzliche Regelung, andere dagegen wollen Nothehe; wieder andere, wie auch ich, verlangen die Lösung durch Einführung der Civilehe. Es ist hier nicht der Ort, darüber sich auszulassen, wie letztere Frage zu erledigen ist. Ich spreche nur meine Meinung aus, daß ich den Kommissionsantrag im Sinne einer Lösung auf Grund des Art. 19 der Verfassung verstehe. Der Konflikt, mit dem wir es hier zu thun haben, ist tiefgreifend. Entweder führt er zur Gleichgültigkeit gegen die Kirche oder zur Nichtachtung gegen den Staat. Doch sind dies nicht die einzigen Konflikte, die uns heute beschäftigen, die auf demselben Boden bestehen. Ich erinnere an die gemischten Ehen, erinnere daran, daß man in einigen Gegenden von den Landleuten vor Einsegnung der Ehe sogar ein sogenanntes Braut-Examen verlangt. (Sensation). Jeder Tag kann neue Konflikte bringen, die eben so wie die erwähnten Uebelstände gesetzliche Regelung erheischen. Es hat Alles für sich, wenn diesen Uebelständen auf dem Boden der Verfassung und des Artikel 19 der Verfassung begegnet wird. (Bravo).

Kultusminister v. Bethmann-Hollweg: Es ist die vorliegende Frage eine solche, welche das öffentliche Interesse im höchsten Grade erregt. Es giebt sich darin ein unbestrittenes Bedürfniß der Abhülfe kund. Mehrfache Versuche, diese hochwichtige Frage unter Mitwirkung der Landesvertretung durch die Reform des bürgerlichen Scheidungsrechts zu lösen, haben zu keinem Resultate geführt. Die Schwierigkeit liegt weniger in der Sache selbst, als in den verschiedenen Auffassungen derselben, die, da es eine religiöse Frage ist, selbst zusammengehörige Kreise, ja fast alle Parteien in sich gespalten hat. Die Regierung hat von Anfang an dieser Frage ihre ernste Aufmerksamkeit gewidmet; sie ist gegenwärtig mit Berathung der Lösung beschäftigt, aber noch nicht in der Lage, sich darüber offen auszusprechen. Sobald sie dazu im Stande ist, wird sie es mit der größtmöglichen Offenheit thun, und in diesem Sinne ist die Regierung dem Antrage der Kommission nicht entgegen, ja sie wird die Aeußerungen, welche heute hier schon gefallen sind, gebührend berücksichtigen. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. v. Blankenburg: Den Abgg. v. Rosenberg und Wentzel stimme ich darin bei, daß die beregten Zustände traurig sind. Aber es sind keine ungesetzlichen. Auf beiden Seiten wird nach bürgerlichem und kirchlichem Rechte gesetzlich verfahren.

Abg. Wentzel: Ich berichtige den allerdings nicht korrekt gebrauchten Ausdruck „ungesetzlich“. Gesetzlos sind die Zustände, um die es sich hier handelt. Gesetzlos ist es, wenn Bestimmungen, die nicht aufgehoben sind, nicht angewendet werden. Ein gesetzloser Zustand ist ebenso schlimm als ein ungesetzlicher.

Der Präsident schließt die Diskussion und ertheilt dem Referenten Dr. Jonas das Wort. Zwei Thatsachen, sagt dieser, lägen in der Petition vor: die eine, daß nach bürgerlichem Rechte der Wiederverheirathung des Petenten nichts entgegenstehe; die andere, daß ihm trotzdem die Ausübung seines Rechts kirchlich abgeschnitten werde. Dieser Konflikt müsse ausgeglichen werden. Ein Zwang gegen den Oberkirchenrath könne nicht geübt werden; Regelung durch ein Gesetz sei allein möglich.

Bei der Abstimmung wird zuerst der Antrag auf Tagesordnung abgelehnt. Dafür die Fraktionen v. Arnim-Heinrichsdorff und v. Blankenburg, einige Polen und das katholische Centrum. Dagegen die ganze rechte Seite des Hauses, die Minister und einige Polen. Der Kommissionsantrag wird mit großer Mehrheit angenommen; dafür die Minister, die ganze rechte Seite des Hauses, einige Polen, v. Rosenberg-Lipinski, einige Mitglieder der Fraktion v. Arnim-Heinrichsdorff.

(Schluß folgt.)

Berlin, 7. Februar. Die bereits erwähnten Verhandlungen hiesiger Zeitungsverleger mit dem Dr. Veit, Abgeordneten für Berlin, wegen der Zeitungssteuerfrage haben zu einem Antrage geführt, den der genannte Abgeordnete mit dem Abg. v. Rönne (Solingen) vereint unterzeichnet und als Manuskript gedruckt an die Mitglieder der Fraktion Vincke hat vertheilen lassen. Derselbe lautet: „die Staatsregierung aufzufordern, zur baldigen Aufhebung des Gesetzes wegen Erhebung einer Stempelsteuer von politischen und Anzeigeblättern vom 2. Juni 1852 die nöthigen Schritte zu thun.“ Wider alles Erwarten hat derselbe aber in der Sonnabendsitzung der Fraktion keine Unterstützung gefunden und ist daher von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Berlin, 7. Februar. Die 3 Urgroßmütter des neugebornen Prinzen sind: die verwittwete Großherzogin von Weimar (Mutter unserer Prinzessin von Preußen), die verwittwete Herzogin von Kent (Mutter der Königin Victoria) und die verwittwete Herzogin von Coburg-Gotha (Mutter des Prinzen Albert, Gemahls der Königin von England).

— Dem politischen Flüchtling Dr. Kinkel sollen Aussichten eröffnet sein, Amnestie zu erhalten und in das Vaterland zurückkehren zu dürfen.

Berlin, 7. Februar. Der Legationsrath Eichmann, zur Zeit mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Geschäftsträgers in Konstantinopel beauftragt, ist, wie wir hören, zum vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheit designirt. Auch der mit Urlaub hier anwesende königliche Gesandte am königl. Württembergischen Hofe, Wirkliche Geh. Legationsrath Balan, ist vorübergehend wieder in dem Ministerium beschäftigt.

— In Stelle der jetzt umlaufenden Noten der Preußischen Bank zu 25 Thlrn. sollen andere zu demselben Betrage ausgegeben werden. Die alten Banknoten zu 25 Thlrn. können vom 15. d. M. ab bei allen Bank-Kassen in neue umgetauscht werden.

— Der Kreisgerichts-Direktor Hartmann in Kottbus ist zum Ober-Staatsanwalt bei dem Obertribunal (an Stelle des Herrn Sethe) ernannt worden; da Herr Hartmann Abgeordneter ist, so wird er sein Mandat niederlegen müssen.

— Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig ist nach Braunschweig abgereist.

— Aus Leipzig wird von dem Vorkommen falscher Kredit-Kassenscheine der Chemnitzer Stadtbank berichtet. Es sollen diese Scheine den echten ziemlich ähnlich, aber mit einer gelblichen Tinte überzogen sein, die sich beim Brechen der erstern stellenweise ablöst, so daß die natürliche Farbe des Papiers hervortritt.

Gumbinnen, 5. Februar. Dem Vernehmen nach hat der Regierungs-Präsident von Byern eine andere Bestimmung erhalten und wird sein hiesiges Amt nur bis zum 15. d. M. verwalten. Ueber seinen Nachfolger soll indeß noch nichts bestimmt sein. (K. H. Z.)

Aus Kurhessen, 5. Febr. Zur öffentlichen Verhandlung der Anklage gegen Konsistorialrath Dr. Vilmar wegen Preßvergehen und Injurien gegen die theologische Fakultät in Marburg ist vor dem Kriminalgerichte zu Fritzlar Termin auf den 25. d. M. anberaumt worden.

München, 5. Februar. Der Minister-Präsident erklärte, eine von der Kammer einstimmig unterstützte Interpellation des Herrn von Lerchenfeld in Betreff des Pferde-Ausfuhr-Verbotes nächstens zu beantworten.

Oesterreich.

Wien, 4. Februar.

— Das gestern im Burg-Theater zum ersten Male aufgeführte Trauerspiel „Montrose, der schwarze Markgraf," von, wie es heißt, Hrn. Dr. Laube, ging mit unbestrittenem Erfolge über die Bretter. Se. Majestät der Kaiser, die Erzherzogin Sophie, Erzherzog Franz Karl u. s. w. wohnten der Aufführung bis zum Schlusse bei; dem überfüllten Hause war Gelegenheit gegeben, bei manchen Stellen wieder unzweideutige Demonstrationen zu machen. Insbesondere war dies gleich im ersten Akte der Fall, wo Montrose sein religiös-politisches Glaubensbekenntniß durch die Worte: „Gegen die Eingriffe der Kirche in die weltliche Macht werde ich bis zum letzten Blutstropfen kämpfen", dokumentirte, welche Stelle das Publikum durch einen zwei Mal wiederholten Beifallssturm auszeichnete. — Das in Innsbruck liegende Bataillon Kaiserjäger erhielt auf telegraphischem Wege den Befehl zur Marschbereitschaft. (K. Z.)

Wien, 6. Februar. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Belgrad hat Fürst Milosch mit seinem Sohne Michael unter dem Jubel der Bevölkerung gestern daselbst seinen Einzug gehalten. Die Minister und der Senat waren von der Empfangsfeierlichkeit ausgeschlossen. Der Senator Wutschitsch hatte, als der Reaktion verdächtig, Hausarrest.

Wien, 7. Februar. Die französische Thronrede ist nach Schluß der Börse hier bekannt geworden und wirkte günstig auf den Privatverkehr. Kredit-Aktien stiegen bis 217, Staatsbahn wurde zu 235,50, Nordbahn zu 179 gehandelt.

Italien.

Turin, 5. Februar. Das „Eco delle Alpi" glaubt an die von der „Independance Belge" gebrachte Nachricht, daß der hiesige Gesandte Latour d'Auvergne durch den General Niel ersetzt werden wird.

Ancona, 30. Januar. Seit 18 Monaten zählt man hier mehr als 100 der Karbonarisekte angehörige verhaftete Individuen.

Frankreich.

Paris, 5. Februar. Die offiziösen Blätter geben aus der Flugschrift Laguerronnières längere Auszüge; was sie selbst hinzufügen, ist ohne Bedeutung; sie preisen natürlich die Weisheit, welche diese Gedanken eingegeben. Bis heute waren bereits 35,000 Exemplare der Broschüre verkauft. Die Verlagshandlung Didot hat dem Herrn v. Laguerronnière für das Manuskript ein Honorar von 10,000 Fr. gezahlt. Der Ladenpreis der Broschüre ist 1 Fr. und man kann darnach auf die Höhe der Auflage schließen.

Paris, 7. Februar. Der heutige Moniteur sagt in der Depesche aus Bukarest, welche die Wahl des Fürsten der Moldau Couza zum Fürsten der Walachei meldet, daß die durch das organische Reglement und Konvention vom 19. August in Betreff der Wahl vorgeschriebenen Formen beobachtet worden seien. Die Proklamation ist mit Freude begrüßt worden; die Stadt war illuminirt.

Paris, Montag, 7. Februar, Mittags 1 1/2 Uhr. Der Kaiser hat die Session so eben in Person eröffnet. Der Kaiser hielt folgende Eröffnungsrede:

Meine Herren Senatoren, meine Herren Abgeordneten!

Frankreich, Sie wissen es, sah seit sechs Jahren seinen Wohlstand sich vermehren, seine Reichthümer anwachsen, seine innere Uneinigkeit schwinden und seinen Glanz wieder herstellen; dennoch entsteht von Zeit zu Zeit inmitten der Ruhe und der allgemeinen Wohlfahrt eine unbestimmte Beruhigung, eine dumpfe Aufregung, die ohne bestimmte Ursache sich gewisser Gemüther bemächtigt und das öffentliche Vertrauen erschüttert. Ich betraure diese periodischen Entmuthigungen, ohne daß mich dieselben in Erstaunen setzen. In einer Gesellschaft, die wie die unsere durch so viele Revolutionen Umwälzungen erlitten hat, kann die Zeit allein die Ueberzeugungen befestigen, die Charaktere stählen und den politischen Glauben erwecken. Die Bewegung, die sich so eben zeigt, ohne den Anschein von dringender Gefahr, muß mit Recht überraschen, denn sie deutet gleichzeitig auf zu großes Mißtrauen und zu große Befürchtungen. Man scheint einerseits an die Mäßigung, von der ich so vielfache Beweise gegeben, andererseits an die wirkliche Macht Frankreichs gezweifelt zu haben. Glücklicherweise ist die Masse des Volks fern davon, ähnlichen Eindrücken zugänglich zu sein. Heute ist es meine Pflicht, Ihnen von Neuem auseinanderzusetzen, was man vergessen zu haben scheint. Welche Politik habe ich beständig befolgt: Europa zu beruhigen, Frankreich seine wahre Stellung wiederzugeben, unsere Allianz mit England eng zu befestigen und mit den Kontinentalmächten Europas den Grad meiner Intimität nach der Gleichartigkeit unserer Ansichten und der Natur ihres Benehmens Frankreich gegenüber zu regeln.

So gab ich am Vorabende meiner dritten Wahl zu Bordeaux die Erklärung, das Kaiserreich ist der Friede, indem ich durch dieselbe beweisen wollte, daß, wenn der Erbe des Kaisers Napoleon den Thron wieder bestieg, er nicht eine Aera von Eroberungen wieder beginnen, sondern ein Friedenssystem einführen würde, das nur durch die Vertheidigung großer nationaler Interessen gestört werden könnte. Was die Allianz zwischen England und Frankreich betrifft, so habe ich meine ganze Beharrlichkeit daran gesetzt, dieselbe zu konsolidiren, und ich habe jenseits des Kanals eine glückliche Reciprozität der Gesinnungen von Seiten der Königin von Großbritannien wie von Seiten der Staatsmänner aller politischen Meinungen gefunden. So bin ich, um dieses für den Frieden der Welt so nützliche Ziel zu erreichen, bei jeder Gelegenheit über irritirende Erinnerungen der Vergangenheit, über verleumderische Angriffe, selbst über nationale Vorurtheile meines Landes hinweggegangen. Es hat diese Allianz ihre Früchte getragen. Wir haben vereint nicht nur einen dauernden Sieg im Orient errungen, sondern auch am äußersten Ende der Welt ein ungeheures Reich den Fortschritten der Civilisation und dem Christenthum erschlossen.

Seit dem Friedensschlusse haben meine Beziehungen zu dem Kaiser von Rußland den Charakter der aufrichtigsten Herzlichkeit angenommen, weil wir über alle streitigen Punkte einig gewesen sind. Ebenso muß ich mir Glück wünschen wegen meiner Beziehungen zu Preußen, die nicht aufgehört haben, von gegenseitigem Wohlwollen beseelt zu sein. Dagegen haben sich das Wiener Kabinet und das Meine, ich sage es mit Bedauern, oft in Meinungsverschiedenheit (dissidence) über wesentliche Fragen befunden, und es bedurfte eines sehr versöhnlichen Sinnes, um zu ihrer Lösung zu gelangen. So hat beispielsweise die Rekonstituirung der Donaufürstenthümer nur nach zahlreichen Schwierigkeiten, welche der vollen Befriedigung ihrer legitimsten Wünsche geschadet haben, beendet werden können. Und wenn man mich fragte, welches Interesse Frankreich in diesen fernen Gegenden, welche die Donau bespült, hatte, so würde ich antworten, daß das Interesse Frankreichs überall da ist, wo es gilt, eine gerechte civilisatorische Sache geltend zu machen. Bei dieser Sachlage war es nichts Außergewöhnliches, daß Frankreich sich Piemont mehr näherte, welches während des Krieges so ergeben, und während des Friedens unserer Politik so treu war. Die glückliche Verbindung Meines vielgeliebten Vetters, des Prinzen Napoleon, mit der Tochter des Königs Victor Emanuel ist also nicht eine jener unlauteren Handlungen (faits insolides), bei welchen man eine versteckte Absicht suchen müßte, sondern die natürliche Konsequenz der Gemeinsamkeit der Interessen beider Länder und die Freundschaft beider Souveraine.

Seit einiger Zeit beunruhigen der Zustand Italiens und seine anomale Lage, wo die Ordnung nur durch fremde Truppen aufrecht erhalten werden kann, mit Recht die Diplomatie. Nichtsdestoweniger ist dies kein genügendes Motiv, an den Krieg zu glauben, welchen die Einen, ohne legitimen Grund zu haben, mit allen ihren Wünschen herbeisehnen, und bei welchen die Anderen in ihren übertriebenen Befürchtungen Gefallen finden, Frankreich die Gefahren einer neuen Koalition zu zeigen. Ich werde unerschütterlich auf dem Wege des Rechts, der Gerechtigkeit, der nationalen Ehre beharren, und meine Regierung wird sich weder fortreißen noch einschüchtern lassen, weil meine Politik nie herausfordernd und nie verzagt sein wird. Fern von uns sei daher dieser trügerische Lärm, dieses ungerechte Mißtrauen. Der Friede, so hoffe ich, wird nicht gestört werden! Nehmen Sie also ruhig den gewohnten Lauf Ihrer Arbeit auf. Ich habe Ihnen offen die Lage unserer äußeren Beziehungen auseinandergesetzt, und diese Auseinandersetzung, konform Allem, was ich mich bemüht habe, seit zwei Monaten das Inland wie das Ausland wissen zu lassen, wird Ihnen, wie ich gern glaube, beweisen, daß meine Politik nicht einen Augenblick aufgehört hat, dieselbe zu sein: Fest, aber versöhnlich.

So rechne ich immer mit Vertrauen auf Ihre Mithülfe wie auf die Unterstützung der Nation, die mir ihre Geschicke anvertraut hat. Sie weiß, daß nie persönliches Interesse oder kleinlicher Ehrgeiz meine Handlungen leiten werden. Wenn man, gestützt durch Volkswillen und durch Volksgesinnung, die Stufen eines Thrones bestiegen hat, so erhebt man sich durch die Schwere der Verantwortlichkeit über die niederen Regionen, wo sich vulgäre Interessen mit einander streiten, und man hat als ersten Beweggrund wie als letzten Richter: Gott, sein Gewissen und die Nachwelt.

Großbritannien und Irland.

London, 3. Februar. Die Rede Lord Palmerston's bei Gelegenheit der Adreß-Debatte im Unterhause lautet in Bezug auf die italienische Angelegenheit in vollständigerem Auszuge wie folgt: Er will keinen Verbesserungsvorschlag beantragen, obgleich sich am Styl der Adresse manches ausbessern ließe. Er beglückwünscht das Haus und Land zu dem Familienereigniß in Berlin; er freut sich, bei Erwähnung des Indien betreffenden Paragraphen der Adresse sagen zu können, daß seine (Palmerston's) Verwaltung es war, von der Lord Clyde ausgesandt worden ist, und kommt nachher auf Italien zu sprechen. Nach Allem, was man hört — sagt er — ist die Wahrscheinlichkeit eines großen europäischen Krieges vorhanden, der mit einem Kampf Frankreichs und Sardiniens gegen Oesterreich, zu dessen Verdrängung aus Italien, wie ich denke, beginnen würde. Nun giebt es Viele, die da denken, und auch ich denke, daß es für Italien und Oesterreich wünschenswerth wäre, wenn letzteres keine Provinzen im Süden der Alpen besäße. (Hört! Hört!) Ich glaube nicht, daß diese Besitzungen zu seiner Stärke beitragen. Aber Oesterreich besitzt einmal jene Provinzen, und zwar in Folge des Vertrages von 1815, der die Besitzurkunde so vieler anderer Gebiete in Europa ist. Aus verschiedenen Gründen und Rücksichten, die sich nur würdigen lassen, wenn man sich in die Lage jener Zeit zurück versetzen kann, haben die Großmächte das Arrangement sanktionirt, und ich gebe zu bedenken, daß keine Macht gerechter Weise jenen Vertrag verletzen und, ohne Grund oder Ursache, Oesterreich jene Lande zu entreißen suchen könnte. Die Verträge muß man achten, sonst geht Alles in Europa durcheinander, und wer weiß, wohin solch ein Prinzip führen würde. (Cheers.) Es ist kein Scherz, einen Krieg zu beginnen. Begonnen ist er leicht, aber wo sind seine Grenzen? Dabei muß ich aber auch bemerken, daß Oesterreich, obgleich es in Bezug auf die Lombardei und Venedig auf dem festen Boden seines Rechtes steht, diesen selben Rechtsboden verlassen hat, sobald es die Grenzen überschreitet, welche der Vertrag ihm gezogen hat, und daß die Besetzung anderer Theile Italiens durch keine Vertragsbestimmung gerechtfertigt ist. Ich will hoffen, daß, wenn es auch nicht zum Kriege kommt — ich vertraue es kommt nicht dazu — die verschiedenen Mächte Vorkehrungen treffen werden, um dem ausnahmsweisen Zustand, der jetzt in Folge der zweifachen militairischen Besetzung im Kirchenstaat existirt, ein Ende zu machen. (Cheers.) Dieser Zustand hat zu lange gedauert, und obgleich er ohne Zweifel keine Verletzung eines Vertrages ist, so ist er auch durch keinen Vertrag sanktionirt. Man sagt zu seiner Rechtfertigung, daß nach dem Abmarsch der Okkupationstruppen eine Revolution im Römischen und Neapolitanischen ausbrechen würde. Aber dafür denke ich, giebt es ein besseres Heilmittel als fremde Okkupationstruppen. Möchten die italienischen Regierungen nur den Rath befolgen, den ihnen die 5 Großmächte schon 1832 gaben — mögen sie die tyrannischen Mißbräuche abschaffen, die das Volk erbittern, und dann wird keine Revolution ausbrechen — dann könnte die fremde Besetzung aufhören, ohne daß die innere Ruhe des Landes in Gefahr käme. Aber wenn jene Regierungen dem tyrannischen System kein Ende machen wollen, müssen sie die Folgen tragen. Deshalb, Sir, bin ich gleich allen Vernünftigen gegen jenen Krieg, von dem weit und breit gesprochen wird, und hoffe ich, daß die Weisheit der Fürsten, sowie der gesunde Sinn der Völker den Frieden erhalten wird.

Provinzielles.

* **Kolberg**, 5. Februar. Am 1. Februar, Abends 6 Uhr, fand in dem Saale der Stadtverordneten eine General-Versammlung des hiesigen Zweigvereins der evangelischen Gustav-Adolph-Stiftung statt. Ein kinderloses Ehepaar unserer Stadt hat dem Vereine 500 Thlr. vermacht. Die Rechnung, die der Rentier Beggerow vorlegte, ergab ein erfreuliches Resultat. Die statutenmäßig ausgeloosten Vorsteher Beggerow, Stumpff und Krüger wurden einstimmig wieder erwählt. An Stelle des abgegangenen Generals v. Eberstein fand noch eine Ergänzungswahl statt, in Folge deren der Justizrath Goetsch Mitglied des Vorstandes wurde.

Stettiner Nachrichten.

** **Stettin**, 7. Februar. Eine Anzahl hiesiger Bürger haben eine Petition an das Haus der Abgeordneten gerichtet, in welcher sie sich für den Inhaber der Wasserheilanstalt Eckerbeeg Hrn. Dr. Bied dahin verwenden, daß demselben, welcher als Arzt nicht approbirt ist, die ärztliche Praxis auch außerhalb seiner Anstalt gestattet werde. Nach der Lage der Gesetzgebung sei dies auch von dem Obertribunal nicht als zulässig erkannt worden. Die Petitionskommission hat beschlossen, daß, weil dem Hause jedes Material zu einem sachverständigen Urtheile fehle, die Tagesordnung zu beantragen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Februar Witterung: klare Luft. Temperatur + 3°. Wind S.

Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus: — Wspl. Weizen, 1 Wspl. Roggen, — Wspl. Gerste, 3 Wspl. Hafer, — Wspl. Erbsen, — Rübsen. Bezahlt wurde für: Weizen 54—61 Rt., Roggen 45—50 Rt., Gerste 31—35 Rt., Erbsen — — Rt. pr. 25 Schffl., Hafer 30—32 Rt. pr. 26 Schffl. Rübsen — Rt.

An der Börse:

Weizen wenig verändert, pr. Frühjahr 83.85pfd. 62 1/8 Rt. bez., 85pfd. 65 Rt. Br., pr. Juni-Juli 85pfd. 67 Br.

Roggen etwas matter, 77pfd. pr Febr.-März 44 3/4 Rt. bez., pr. Mai-Juni 45 Rt. bez., pr. Juni-Juli 45 3/4 Rt. Br., pr. Juli-August 46 1/4 Rt. Br., pr. August-September 82pfd. u. 77pfd. gestern 47 Rt. bez., pr. September-Oktober 77pfd. 47 11/12 Rt. bez.

Gerste loco große pomm. 70pfd. 37 1/2 Rt. bez., pr. Frühjahr 69.70pfd. große vorpomm. 37 1/2 Rt. bez.

Hafer loco, 1 Ladung pomm. 32 7/8 Rt. bez., pr. Frühj. 47.50pfd. excl. poln. u. preuß. 32 Rt. bez.

Rüböl pr. Jan.-Febr. loco 15 Rt. bez. u. Br., pr. Februar u. Febr.-März 14 5/6 Rt. Br., pr. April-Mai 14 3/4 Rt. Br., 14 2/3 Gd., pr. Sept.-Oktober 14 1/12 Rt. bez. u. Gd., 14 1/4 Br.

Leinöl loco incl. Faß 12 1/3 Rt. bez. u. Br. pr. April.-April 12 1/6 Br.

Spiritus ziemlich unverändert, loco ohne Faß 18 3/4 bez., pr. Februar und Februar-März 18 3/4 % Gd., pr. Frühjahr 18 3/8, 7/16, 1/2 % bez., pr. Mai-Juni 18 1/8 % bez., 18 1/4 Gd., pr Juni-Juli 17 3/8 % Br., pr. JuliAugust 17 1/4 % bez., 17 1/8 Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 8. Februar, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine 84 5/8 bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 pCt. 116 1/4 bez. Berlin-Stettiner 104 bez. Stargard-Posener 84 1/2 Br. Köln-Mindener 134 1/2 bez. Diskonto-Kommandit-Antheile 100 1/2 bez. Französ.-Oesterr. St.-E.-A. — bez. Hamburg 2 Mt. 151 3/8 bez. London 3 Mt. 6 20 3/4 bez.

Roggen pr. Februar-März 47 1/8, 46 3/4 bez., pr. Frühjahr 47, 46 5/8 bez., pr. Mai-Juni 47 1/8, 46 3/4 bez.

Rüböl loco 15 1/3 bez., pr. Februar 15 1/6, 1/8 bez., pr. Februar-März 15 Br., pr. April-Mai 14 7/8 bez., 5/6 Gd.

Spiritus loco 19 1/4 bez., pr. Febr.-März 19 7/12 bez., 1/2 Gd., pr. April-Mai 20 1/8, 1/4 bez., pr. Mai-Juni 20 1/2, 5/8 bez.

Verantwortlicher Redakteur H. Schönert in Stettin.
Druck und Verlag von A. H. G. Effenbart in Stettin.